

ZD 679

Deutscher
Bücherei

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cedernwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 1 .: 30. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 7. Januar 1916

Inhalt. Beitragsleistung. — Neujahr. — Neujahr-
betrachtungen. — Ständische Mißstände in der Leder-
ausrüstungsindustrie. — Die Zukunft des deutschen Auto-
mobilwesens. — Zur Frage der Beschäftigung von Frauen
in Halbtagsstellen. — Die Gewerkschaftsarbeit im
Jahre 1914. — Eine gewerkschaftliche Frauenzeitung. —
Korrespondenzen. — Rundschau. — Wäckerchau. — Sterbe-
tafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 9. bis 15. Januar
1916 ist der 2. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich
im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung
aus Verbandsmitteln.

Neujahr.

Ein Jahr, dessen Anfang und Ende im
Zeichen des Krieges stand, ist dahin. All die
frohen Erwartungen, die man zu seinem Beginn
an das Jahr stellte, hat ein unerbittliches
Schicksal nicht erfüllt, und in uns allen drängt
sich die Frage auf: wie wird es im neuen Jahre
werden? Wird uns das neue Jahr endlich den
Frieden bringen und damit die erste Voraus-
setzung zu Kulturarbeit und Menschenglück?
Von uns, von uns Menschen allein hängt das
Ende des graufigen Ringens ab, allein vom
menschlichen Willen, und doch wissen wir sein
Ende nicht. Jahre voraus kann der Mensch den
Eintritt einer astronomischen Erscheinung
draußen im unendlichen Weltall bestimmen, ja,
das Erscheinen bis dahin noch unbekannter
Sterne hat das menschliche Hirn für eine be-
stimmte Zeit voraussagen vermocht; nur im
eigenen Menschheitsleben auf dem kleinen Erd-
ball weiß der Mensch heute noch nicht, was
morgen geschieht, kann er die Entwicklung in
ihren großen Zügen nicht voraussehen. Und
warum das? Weil draußen jene ewigen Gesetze
walten, hier aber ohne eine natürliche Ordnung
planlos gelebt und gewirtschaftet wird. Wenn
jeder einzelne so wirtschaften kann, wie es ihm
paßt, ohne dabei einem großen Gedanken zu
folgen, wenn jeder einzelne Staat so walten
kann, wie es ihm selbst, und nur ihm selbst, von
Vorteil ist, ohne den Gedanken an eine große
organisierte Welteinheit, dann läßt sich die Ent-
wicklung des Ganzen selbst in ihren großen
Zügen natürlich nicht ahnen. Und so werden
wir, solange diese Disharmonie und Zersplitte-
rung im Menschheitsleben besteht, mit einer
ruhigen Gemüthsruhe großen Fragen gegenüber
nie in ein neues Jahr treten können. Durch
die mangelnde Organisation der politischen
Welt müssen wir immer mit neuen Weltbränden
rechnen; durch das planlose Wirtschaften der
einzelnen wissen wir nie, ob das neue Jahr uns
nicht Teuerung bringt oder schwere Wohnungs-
not oder Arbeitslosigkeit.

Ein frohes neues Jahr, wie wir es uns
jetzt schon immer wünschen, verbürgt uns in den
großen Fragen des Lebens allein eine neue Ord-
nungswelt. Allein eine planmäßige Organi-

sierung des Lebens hält uns dauernd im rechten
Gleichgewichte. Da wird der Mensch nicht hin-
und hergeworfen, wie die wirtschaftliche Macht
all der einzelnen gerade geartet ist. Planmäßig
werden da die Kräfte geordnet, planmäßig die
wirtschaftlichen Güter verteilt, und mag ein
neues Jahr anbrechen so oft es will, stets weiß
der einzelne, daß er im Schoße dieses großen
neuen Volksganzen wohl gesichert ist. Mit
bangendem Herzen sieht der ernste Mensch von
heute stets dem neuen Jahre entgegen, in zu-
friedener Ruhe und in festem Vertrauen auf die
Organisation seiner Volksgemeinschaft dagegen
der Mensch der kommenden Welt.

Neujahrsbetrachtungen.

Der Schluß eines Kalenderjahres war uns
von jeher Anlaß, Rückschau zu halten und
programmatische Zukunftspläne zu entwickeln,
wie wir im Interesse unserer Berufsgenossen
und der Gesamtarbeiterschaft die gewerkschaft-
lichen Grundzüge zur Durchführung bringen.
Lassen wir diesmal die letztjährigen Ereignisse
filmartig an unserem geistigen Auge vorüber-
ziehen, so kommen wir bald zu dem Ergebnis,
alles was wir mit erlebt, woran wir tatkräftig
mitgearbeitet haben, gleichah unter dem gewalt-
tigen Einfluß des blutigen Völkerringens. Nur
unter diesem Gesichtswinkel sind die Maß-
nahmen der Gewerkschaften und damit auch die
unseres Verbandes zu bewerten.

Es wäre mehr als deplaziert, an dieser
Stelle unsern unerlöschlichen Friedenswillen
betonen zu wollen. Wir und mit uns die ge-
samte organisierte Arbeiterschaft hat den Wunsch
der entsetzliche Krieg möge bald seinem Ende
entgegen gehen, damit Friede und Volkswohl-
fahrt zum Nutzen und Segen der Menschheit
sich wieder entfalte.

Solange aber noch die Kanonen ihre eigene
donnernde Sprache reden, solange die maß-
gebenden Parteien der einzelnen am Kriege be-
teiligten Länder den Kampf bis zur völligen
Vernichtung der Gegner fortzusetzen gewillt sind,
solange sogar noch Arbeiterparteien des Aus-
landes Hand in Hand den Plänen ihrer Re-
gierung zustimmen und jedes Friedensangebot
schönöde von sich weisen, so lange, sagen wir, muß
auch Deutschlands Arbeiterschaft einig und ge-
schlossen alles aufbieten, um die schreckliche
Kriegsflut von unseren Heimstätten fernzu-
halten. Es ist unsere Ehrenpflicht, den tapferen
Kämpfern und Wäcktern, die unter Hintan-
setzung ihres eigenen Lebens dieser Parole freudig
Folge leisten, unsern Dank abzustatten. Aber
nicht nur in Worten wollen wir unserem Dank-
gefühl Ausdruck verleihen, sondern mit der Tat
beweisen, daß die Daheimgebliebenen ebenfalls
bereit sind, die gewerkschaftlichen Errungen-
schaften intakt zu halten und weiter auszubauen.
Es ist erfreulich feststellen zu können, daß alle
Gewerkschaften einmütig in diesem Sinne ge-
wirkt und Erfolge erzielt haben.

Der Krieg war oftmals der Antrieb, auf
wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete
tief einschneidende Verbesserungen herbeizu-
führen, wie er auch andererseits als Entschuldigung
für unberechtigte Preistreibereien auf
Lebensmittel und sonstige notwendige Be-
darfsartikel hat herhalten müssen. Dem Or-
ganisationsgeist und der Anpassungsfähigkeit
des deutschen Volkes ist vieles geglückt, was vor
Ausbruch des Krieges kein Optimist zu ahnen
vermochte. Damit soll aber keineswegs gesagt
werden, daß vieles nicht hätte viel besser sein
können. Gerade auf dem Gebiete der Lebens-
mittelversorgung sind Fehler über Fehler ge-
macht und manche Unterlassungssünde begangen
worden, worunter die breiten Schichten des
Volkes zu leiden hatten und bei längerer Dauer
des Krieges noch werden leiden müssen, wenn
nicht die Regierung recht bald an die Verwirk-
lichung der vom Vorstand der sozialdemo-
kratischen Partei im Verein mit der General-
kommission gemachten Vorschläge herangeht.
Wir meinen, was bei der Zuteilung der Brot-
rationen möglich war, hätte in ebenso entschie-
dener Weise bei Kartoffeln und Hülsenfrüchten,
bei Fleisch und Fetten aller Art durchgeführt
werden müssen. Wohl ist es spät, jetzt diesbezüg-
liche Maßnahmen zu treffen, aber noch nicht zu
spät. Die auf dem Gebiete der Lebensmittel-
versorgung zutage getretenen Mängel haben
dauernden Schaden an die Gesunderhaltung des
Volkes angerichtet und zu manchen Ausbrüchen
der Erbitterung geführt. Hier die Schuldigen
suchen und zur Verantwortung ziehen erscheint
wohl angebracht, aber ebenso zweckentsprechend
ist, erkannte Uebelstände zu beseitigen, ohne
Rückzicht, ob im Verhältnis zum Volksganzen
einzelne Einbuße an ihrem Geldebeutel erleiden.

Nicht überall und allenthalben haben die
Unternehmer durch Gewährung von Teuerung-
und Kriegszulagen einigermaßen den Teue-
rungsverhältnissen Rechnung getragen. Und
wo es geschehen ist, sind durch die verminderte
Kaufkraft des Geldes derartige Bewilligungen
völlig unzureichend. Annähernd auskömmlich
sind die Verdienste in der Ausrüstungsindustrie,
vornehmlich dort, wo nach dem Reichstarif nebst
dem tariflich festgelegten Kriegszulagen ent-
lohnt wird. Steigen jedoch die Lebensmittel-
preise im gleichen Tempo weiter, so sinkt auch
hier der Wert der bei Ausbruch des Krieges
vielfach als horrend genannten Entlohnung.

Der Arbeitsmarkt im Jahre 1915 kann für
die Daheimgebliebenen als günstig bezeichnet
werden. Die Arbeitslosenziffer war eher nie-
driger als höher wie in normalen Zeiten. In der
Hauptsache ist dieser Zustand mit der noch immer
steigenden Zahl der zum Heeresdienst Einberu-
fenen begründet, andererseits liegt es daran,
daß die Ausrüstungsindustrie mit Aufträgen
geradezu überschüttet worden ist. Hierdurch sind
auch viele Veränderungen im Erwerbsleben der
Arbeiterschaft eingetreten. Berufe, in denen das
weibliche Element bisher wenig oder gar nicht

vertreten war, werden jetzt zum großen Teil von Arbeiterinnen ausgeübt. Hat dies während der Kriegszeit insofern ein Gutes, als ihr Verdienst eine Zubuße zu der nicht ausreichenden Kriegszustützung ist und dadurch viele Familien vor gänzlicher Verelendung verschont bleiben, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Beschäftigung so vieler Frauen und Mädchen an Stelle an schwerer Arbeit gewöhnter Männer ihre Gesundheit schädigt und die Geburtenmöglichkeit herabsetzt. Hier wäre eine bessere Beachtung der Arbeiterschutzvorschriften dringender zu empfehlen. Auch würde eine gesetzliche Beschränkung der täglichen Arbeitszeit von Nutzen sein, damit die erwerbenden Frauen Mühe gewinnen, sich mehr der Erziehung ihrer Kinder und Erhaltung des Hausstandes widmen zu können. Die Leitungen der Gewerkschaften waren eifrig bemüht, in diesem Sinne auf die Behörden einzuwirken. Das gleiche geschah bezüglich der Entlohnung der Arbeiterschaft. Hier kann gesagt werden, soweit die Behörden, insbesondere die Militärverwaltungen, ihren Einfluß auf die Unternehmer haben geltend machen können, sie alles versucht haben, der größtmöglichen Ausbeutung der Arbeiterschaft vorzubeugen. Für die verschiedenen Gewerbe wurden Zeit- und Stücklöhne festgesetzt, deren Einhaltung den Unternehmern zur Pflicht gemacht worden ist. Für Nichterhaltung von getroffenen Lohnregelungen wurden Strafen angedroht, was hauptsächlich den schwer organisierbaren Heimarbeitern zum Vorteil gereichen dürfte. Ob diese Errungenschaften mit in die Zeit nach dem Kriege übernommen und weiter ausgebaut werden können, liegt nicht zum kleinsten Teil an den Arbeitern selbst. Denn nicht immer werden die Behörden sich als ihre Sachwalter aufwerfen. Diese Funktion bleibt einzig und allein den Gewerkschaften vorbehalten. Sie werden das begonnene Werk vollführen müssen und, täuschen wir uns nicht, auch manchmal gegen den Willen der Behörden, die uns heute wohlwollend gegenüberstehen. Es gilt daher nicht den Maßstab zu verlieren, sondern fester denn je auf die Solidarität und die Zusammengehörigkeitspflicht aller Arbeiter zu bauen.

Infolge des anhaltenden Bedarfs an Lederausrüstungsgegenständen wurde unser Verbandsleben fast ganz von dieser Branche beeinflusst. Arbeitete doch die Mehrzahl unserer Verbandsmitglieder in diesem Berufe, wozu noch eine mehrfache Anzahl Berufsfremder kam. In der Art der Produktion haben auch hier grundlegende Änderungen stattgefunden. Die Inbetriebnahme vervollkommener Maschinenteknik, verbunden mit der sonst verpönten Teilarbeit und Arbeiterinnenbeschäftigung, waren die äußere Veranlassung zur einheitlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Lederausrüstungsindustrie des ganzen Deutschen Reiches. Damit wurde einem langgehegten Wunsche der Militärattler Rechnung getragen, die für dessen Einführung schon seit Jahrzehnten opferreiche Kämpfe geführt haben. Mit Recht kann also die Schaffung des Reichstarifs für die Lederausrüstungsindustrie als ein hervorragendes Merkmal des Jahres 1915 gelten, um so mehr, da er bis zum 31. März 1918 abgeschlossen wurde und somit hoffentlich den Krieg lange überdauern wird.

In den anderen Zweigen unseres Verbandes ging es infolge der Stockung des Außenhandels still her. Soweit Inlandsbedarf vorlag, konnte er mit den beschränkten Arbeitskräften gedeckt werden. Auch hier blieb die Arbeitslosigkeit hinter den normalen Verhältnissen; zeitweise mußte, wie in der Lederwarenindustrie, Überarbeit zu Hilfe genommen werden.

Soweit verbandstechnische Maßnahmen zu erwähnen wären, kann gesagt werden, daß die Verbandsleitung es sich angelegen sein ließ, nach Möglichkeit die Interessen der Verbandsmitglieder zu wahren. Die bei Kriegsausbruch sich notwendig gemachten Kürzungen der Unterstützungsätze wurden bis Ende des Jahres größtenteils wieder rückgängig gemacht. Wir können uns ein Eingehen auf die getroffenen Maßnahmen ersparen, da wir gerade über diese Angelegenheit in der letzten erschienenen Nummer unserer Zeitung ausführlich berichtet haben.

Ohne das Urteil unserer Mitglieder beeinflussen oder ihnen vorgreifen zu wollen, dürfen wir wohl sagen, daß unter Berücksichtigung aller Umstände die Tätigkeit unseres Verbandes bei allen Berufsangehörigen eine gewisse Befriedigung ausgelöst hat. Diese Zuversicht wird wiederum ein Ansporn für alle Funktionäre sein, in bisheriger Weise, allen Schwierigkeiten trotzend, sich dem Dienste der Allgemeinheit zu weihen und auf den Posten, auf die sie durch das Vertrauen der Mitglieder gestellt wurden ihre vollste Pflicht erfüllen werden. Haben die Kollegen und Kolleginnen den festen Willen, in gleichem Sinne zu wirken, dann ist die Zukunft des Verbandes gesichert.

Wir wollen unsere Betrachtungen nicht schließen, ohne unserer herzlichsten Sehnsucht nach baldigem Frieden Ausdruck zu verleihen. Mögen die Glocken, die uns Weihnachten und Neujahr einläuteten, bald ihre Klänge als Friedensglocken die Lüfte durchdringen lassen. Möge der bald eintreffende Friede den gesamten Völkern zum dauernden Segen gereichen. Mögen aber auch die Arbeiter allerorts bald erkennen, daß ihre Einigkeit der beste Friedenshort ist. Verbannet bleiben, damit wir unsern politischen und wirtschaftlichen Gegnern den untrüglichen Beweis liefern: die deutschen Arbeiter sind keine unreifen politischen Kinder. Sie sind bereit, das Vaterland zu verteidigen, aber ebenso bereit sind sie, für ihre eigenen Interessen zu kämpfen, um endlich die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu erobern. In diesem Sinne bitten wir unsere Freunde der einigen und geschlossenen Arbeiterbewegung ein vom Völkerkriege freies, glückliches Jahr!

Skandalöse Mißstände in der Lederausrüstungsindustrie.

Der gewerkschaftliche Kampf gegen die Heimarbeit wird vielfach noch von Arbeitern und Arbeiterinnen mißverstanden, indem sie der Meinung sind, ihnen soll die Arbeitsgelegenheit und damit auch die Verdienstmöglichkeit entzogen werden. Daß Unternehmer diese falsche Ansicht wider besseres Wissen stützen und versuchen, die Heimarbeiter gegen ihre Berufsorganisation aufzubehalten, ist eine trübselige Tatsache, die uns in den letzten Tagen wieder in unzählige Fälle bestätigt wurde und darum eine längere Beweisführung uns erspart bleiben kann. Die Unternehmer haben ein leichfertiges Interesse an der Beibehaltung eines Arbeitssystems, das ihnen ermöglicht, auf Kosten der Heimarbeiter, ganz besonders der Heimarbeiterinnen, einen unberechtigten Mehrerwerb zu erzielen. Nicht nur ist ihnen von Vorteil, daß in der Heimindustrie niedrige Löhne gezahlt werden, sie benutzen die herabgesetzten Löhne, um eine Konkurrenz gegen die Werkstattarbeiter zu erzielen.

Je weniger nun die in der Heimarbeit beschäftigten Personen sich um ihre Berufsorganisation kümmern, desto größer ist die Ausbeutungsmöglichkeit der Heimarbeiter durch die Unternnehmer. Abgesehen von dieser üblen Eigenschaft, die der Heimarbeit anhaften, birgt sie noch so viele soziale und hygienische Schäden, auch für die Verbraucher, in sich, daß der Kampf der Gewerkschaften gegen die Heimarbeit von allen ernsthaften Sozialpolitikern tatkräftig unterstützt wird.

Wie sehr der Kampf gegen die Heimarbeit im Interesse der Arbeiterschaft liegt, beweisen uns die sich täglich abspielenden Vorgänge auf diesem Gebiete, die während des Krieges den Militärverwaltungen mehrmals Anlaß gegeben haben, durch Zwangsstarife und Strafbestimmungen der ärgsten Ausbeutung Einhalt zu gebieten. Doch was nützen all diese Maßregeln, wenn die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen sich nicht darum kümmern.

In dem Reichstarif für die Lederausrüstungsindustrie heißt es ausdrücklich, daß den Heimarbeitern dieselben Stücklöhne wie den Werkstattarbeitern gezahlt werden müssen. Dazu kommt, daß das Bekleidungsbeschaffungsamt in seinen Lieferungsbedingungen als erste Bestimmung voransetzt:

„Voraussetzung für die Erteilung von Aufträgen ist, daß der Lieferer seinen Arbeitern oder Angestellten Lohnsätze gewährt, die unter Berücksichtigung der durchschnittlicher Arbeitsleistung

des einzelnen Arbeiters nach der ortsüblichen Entlohnung der in Frage kommenden Arbeitergruppen bemessen werden.

Soweit von der Heeresverwaltung anerkannte Lohnarifabmachungen bestehen, sind diese maßgebend.“

Trotz dieser klaren, unzweideutigen Bestimmungen blühen die skandalösesten Lohnbrüderereien munter fort, weil viele Heimarbeiter keine Ahnung von den tariflichen Löhnen haben und sonst als ehrenwert geltende Firmen sich nicht scheuen, aus dieser Unwissenheit Kapital für sich zu schlagen.

Nach dem alten Sprichwort: „Wenn der Berg nicht zu Mohammed kommt, geht Mohammed zum Berge“ hat die Leitung unseres Verbandes mit dankenswerter Unterstützung der Tagespresse die Heimarbeiterinnen verständigweise auf den tariflichen Stücklohn nur eines Artikels aufmerksam gemacht, sie veranlaßt, denselben zu fordern und von dem wirklich gezahlten Lohn Mitteilung zu machen. Es handelt sich hier um die Riemengefäße neuer Art für Feldflaschen, für die ein Stücklohn bei dreiteiligen von 12 Pf., bei vierteiligen von 15 Pf. festgesetzt ist. Die hierauf eingegangenen schriftlichen und persönlichen Meldungen überstiegen unsere an sich schon hochgeschraubten Erwartungen nicht nur, daß der Nachweis erbracht wurde, daß Zwischenmeister anstatt 15 Pf. pro Stück nur 4½ bis 7½ Pf. zahlten, wobei die Heimarbeiterinnen noch Garn stellen müssen; wir erhielten einen Einblick, wieviel Instanzen ein Flaschenriemen durchgehen muß, ehe er in die Hände der Selbstherstellerei kommt.

Davon ein Beispiel: Eine Metallwarenfabrik hat einen in die Millionen gehenden Auftrag vollständig ausgerüsteter Feldflaschen vom Beschaffungsamt erhalten. Diese Firma stellt einen verhältnismäßig kleinen Teil der Riemengefäße in eigenen Betrieben her, den größeren Teil vergibt sie an Wäschefabrikanten, Warenhäuser, Lottereeinnehmer, Steinsechmeister und sonstige Zwischenmeister weiter, die von der Lederverarbeitung feinen blauen Dunst haben. Diese verteilen die Aufträge in kleinere Posten an Zwischenmeister; hier werden sie nochmals zerteilt und gehen so durch vier, fünf Hände, die sich alle erst mit einem „bescheidenen“ Verdienst für ihre Vermittlertätigkeit begnügen, ehe sie an die Heimarbeiterinnen gelangen, die je nachdem 4½ bis 7½ Pf., anstatt 15 Pf. dafür bekommen. Dazu kommt noch, daß die meisten Zwischenmeister „vergessen“, die Heimarbeiterinnen gegen Krankheit zu versichern. Durch diese Meldungen wurden uns Zwischenmeister bekannt, die 50 bis 100 Arbeiterinnen beschäftigen und auf diese Weise erkleckliche Kriegsgewinne herauswirtschaften. Nun wäre es falsch, annehmen zu wollen, diese Lohnbrüdererei kommt nur bei den Feldflaschengefäßen vor. Mitnichten! Sie findet in gleichem Maße auf alle Artikel der Lederausrüstungsindustrie statt. Man muß sich nur wundern, wie es möglich ist, daß entgegen den klaren Lieferungsbestimmungen des Bekleidungsbeschaffungsamtes die Artikel in die Hände der Zwischenhändler und Zwischenmeister gelangen. Den unterirdischen Gängen nachzugehen ist Vertretern unseres Verbandes schwer, weil die Zwischenpersonen jede Auskunft verweigern und von ihrem Hausrecht Gebrauch machen, sich auch nicht scheuen, ihrem strafwürdigen Vergehen durch Hinweis auf Anwendung des Preßerparagrafen noch besonders Nachdruck zu verleihen.

Wir fragen: Ist das nötig, daß solche Zustände einreizen mußten? Hat die Militärverwaltung nicht die Verpflichtung, solche unsauberen Elementen ihr schändliches Handwerk zu legen und die Heimarbeiterinnen, meistens Kriegerfrauen, vor solchen Vampiren zu schützen? Wo bleiben die berufenen Vertreter des Handwerks, die Innungen? Aber auch die Heimarbeiterinnen sind nicht von aller Schuld freizusprechen. Ihnen ist das Bestehen der Gewerkschaften bekannt, sie wissen alle, wo ihre Rechte als Arbeiterinnen am besten vertreten werden. Aber sich die Mühe geben und rechtzeitig Erfindungen einziehen oder den Verband zu benachrichtigen, ist mit Zeitvergnügen verbunden, die sie vermeiden möchten. Lieber warten sie mehrere Stunden beim Zwischenmeister auf Material und begnügen sich mit weniger als die Hälfte des ihnen zustehenden Lohnes. Erst wenn sie durch angestrengte Arbeit ihre Gesundheit untergraben, wenn die Kindererziehung und der Haushalt einen kaum noch

gutzumachenden Schaden erlitten haben, dann dämert ihnen so etwas wie Organisation auf. Dann ist es leider oftmals zu spät. Der Zwischenunternehmer hat sein Heu in der Scheuer, die Aufträge sind erledigt, die Heimarbeiterin ohne Beschäftigung und verelendet.

Solange aber die Heimarbeiterinnen diese Folgen heinungen nicht erkannt und begriffen haben, ist es Aufgabe der Gesetzgebung, hier reformierend einzugreifen. Wir haben die zuständigen Behörden von den uns bekannten Fällen Kenntnis gegeben und erwarten nun, daß den Heimarbeiterinnen nicht nur der entgangene Lohn nachgezahlt, sondern auch, daß den Zwischenhändlern und Zwischenmeistern wie all den Firmen, die die Heimarbeit benutzen, um unter dem Karren zu zahlen, die Lieferungen für die Heeresverwaltung entzogen und neben Verhängung einer Geldstrafe ihnen die Weiterführung eines Betriebes unmöglich gemacht wird. Soffentlich können wir in nächster Zeit berichten, wieweit die Heeresverwaltung ihren eigenen Bestimmungen Geltung verschafft hat.

Die Zukunft des deutschen Automobilwesens.

Das Automobil hat sowohl als Verkehrs- wie als Transportmittel allen Ansprüchen des Krieges entsprochen. Diese Anerkennung ist um so mehr zu bewerten, als es sich hier fast ausschließlich um deutsche Industrieerzeugnisse handelt. Wie wir schon mehrfach angedeutet haben, steht dem Automobilismus auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine große Zukunft bevor. Da dieser Gewerbebezirk auch für einen großen Teil unserer Kollegen als Erwerbsgelegenheit von Bedeutung sein wird, dürften die Urteile Sachverständiger auf diesem Gebiete von Interesse sein. Das „Berliner Tageblatt“ hat an eine Reihe führender Persönlichkeiten die Frage nach der künftigen Gestaltung des Automobilismus gerichtet und die Antworten darauf in der Weihnachtsnummer veröffentlicht. Der Vizepräsident des Kaiserlichen Automobilklubs Admiral K a m p o l d schreibt u. a.:

„Was nun die Aussichten unserer Automobilindustrie nach dem Kriege betrifft, so lassen sich zurzeit noch schwer darüber sichere Ausblicke geben, aber ich bin überzeugt, daß ihre Zukunft groß ist und daß sie keinen Wettbewerb zu scheuen, geschweige zu fürchten braucht. Auch nicht den amerikanischen. Der Vergleich mit dem amerikanischen Wagen hinft. Die Stärke unserer Wagen liegt darin, daß wir die Wagen „individuell“ bauen, aus bestem Material und mit sorgfältigster Arbeit. Daher sind sie teurer als die amerikanischen. Sollte die Entwicklung dazu zwingen, daß wir für besondere Zwecke auch billigere Wagen von relativ geringerer Dauerhaftigkeit, aus einer Massenfabrikation, brauchen, so wird unsere Industrie sicher auch diesem Bedürfnis sich anzupassen imstande sein.“

Kommerzienrat Dr.-Ing. Heinrich Kleber, der Generaldirektor der Adlerwerke, betrachtet die Lage folgendermaßen:

„Das Automobil wird als vollendetes Verkehrsmittel zukünftig einen noch höheren Platz einnehmen als bisher, denn der ehemals vorhandene Pferdebestand hat sich verringert und das Verständnis für den Kraftwagen verallgemeinert. Ohne Autobetrieb läßt sich die Kriegsführung nicht mehr denken, und ebenso wird es bei Wiedereintritt des Friedens in unserem wirtschaftlichen Leben sein. Ist aber das Mittel zur Verkehrssteigerung vorhanden, so kann es auch nicht ausbleiben, daß Versuche zu immer höheren Leistungen folgen, seien sie erreichbar durch Verbesserung der Konstruktionen, Baumaterialien oder des Betriebsstoffes, durch Erhöhung der Tüchtigkeit in der Bedienung der Maschine als Maschinist oder Fahrer. Dieser Sport wird neu erblühen und ebenso die Industrie flott beschäftigen wie die Gebrauchswagen für Personen- und Warenbeförderung, für Feuerwehr und ähnliche vielfältige Ausnutzung.“

Kommerzienrat Dr.-Ing. Wilhelm Opel schreibt: „Weber die Frage der Zukunft des Automobilismus in industrieller und sportlicher Beziehung sich zu äußern, ist bei den heutigen unübersichtlichen Verhältnissen eine Sache eigener Art. Die weitere Entwicklung des Krieges, der Ausbau der Hilfsindustrien, die Gestaltung der Materialbeschaffung und zuguterletzt Arbeiterbeschwerigkeiten — alles dies zusammen stellt ein Thema dar, das sorgfältigst erwogen sein will, und das ebensogut in rosenroter Färbung als auch in tiefschwarz gezeichnet werden kann. Es ist zu schmer, ein wirkliches Urteil in fraglicher Hinsicht zu fällen und ich darf deshalb wohl auch bitten, auf eine ausführliche Darlegung meiner Auffassung zu verzichten. Dagegen möchte ich mir gestatten, auf einen Punkt hinzuweisen, der von nicht geringer Bedeutung für die deutsche Automobilindustrie und Handel ist, und zwar betrifft dies die

immer wieder zum Vorschein kommenden Artikel über die sogenannte „amerikanische Gefahr“. Meiner unmaßgeblichen Meinung nach wird gerade durch derartige Andeutungen das Gegenteil von dem erzielt, was eigentlich beabsichtigt ist, nämlich es wird für das amerikanische Erzeugnis ganz unbewußterweise eine zugkräftige Reklame gemacht. Ich glaube sagen zu dürfen, daß es zweckmäßiger wäre, es würde künftig der „amerikanischen Gefahr“ feinerlei Erwähnung mehr getan.“

Zur Frage der Beschäftigung von Frauen in Halbtagsschichten.

Wenn Kriegerwitwen, die während ihrer Ehe keine oder nur vorübergehend Erwerbsarbeit verrichtet haben, gefragt werden, was sie nun zu tun gedenken, um sich durchs Leben zu bringen, so lautet die Antwort in den meisten Fällen: „Ich nehme mir Näharbeit ins Haus“. Die Frauen denken also zunächst an Heimarbeit. Ein Teil will Aufwartestellen annehmen, aber fast immer wollen sie Arbeiten verrichten, die sie tagsüber höchstens nur einige Stunden vom Hause fernhalten. Wird den Frauen Uebernahme anderer Beschäftigung in Fabriken, Werkstätten, Kontoren usw. angetragen, heißt es: „Wo lasse ich meine Kinder?“ Diesem Einwand gegenüber sind alle diejenigen machtlos, die versuchen, durch wohlgemeintete Maß das Eindringen der Kriegerwitwen in die sonie schon überfüllten Berufe mit Heimarbeit zu verhindern.

Es ist in der Tat schwierig für Frauen, die Wirtschaft und Kinder zu versorgen haben, Arbeit tagsüber außer dem Hause anzunehmen. Nur die wenigsten können die Kinder in dieser Zeit unterbringen, können dafür sorgen, daß diesen zur rechten Zeit ihr Essen gereicht und eine gewisse Aufsicht auf sie ausgeübt wird. Krippen, Kindergärten und Kinderhorte gibt es wohl in allen Städten, wenigstens in den großen und mittleren; sie reichen aber schon früher nicht aus, um alle Kinder aufzunehmen, deren Mütter tagsüber auf Arbeit waren. Wieviel weniger wird es jetzt der Fall sein, wo die Zahl der verheirateten erwerbstätigen Frauen sich um Tausende vermehrt hat und noch weiter vermehren wird.

Wieviele verheiratete Frauen bereits vor dem Kriege gearbeitet haben, ist nicht festzustellen. Die Berufszählung von 1907 weist in den drei Berufsabteilungen Industrie, Handel und Verkehr und Lohnarbeit wechselnder Art als hauptberuflich erwerbstätig von 3 366 203 weiblichen Personen 763 839 verheiratete und 482 951 vermittelte und geschiedene Frauen, zusammen also 1 246 789 verheiratete oder verheiratet gewesene Frauen nach. (Die Landwirtschaft soll in unserer Betrachtung ganz ausschalten.) Will man die überhaupt erwerbstätigen verheirateten Frauen der Zahl nach feststellen, müßte man auch die als mithelfende Familienangehörige und als nebenberuflich erwerbstätige Frauen in der Statistik geführten weiblichen Personen der angegebenen Zahl hinzurechnen. Und selbst dann wird der Umfang der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen nicht dargestellt sein, weil von diesen eine Anzahl ihre Erwerbsarbeit bei der Zählung verheimlicht haben. Einige taten dies aus falscher Scham, andere wieder, weil sie fürchteten, bei Angabe zur Steuer herangezogen zu werden.

Seit 1907 haben sich nun die Verhältnisse derartig verändert, daß bis zum Kriegsausbruch eine ganze Anzahl mehr verheiratete Frauen beruflich tätig waren als bei Veranstaltung der letzten amtlichen Zählung. Während des Krieges hat diese Zahl außerdem erheblich zugenommen. Man denke nur an alle die Frauen, die als Angehörige von Kriegsteilnehmern nun zum Hinzuerbienen gezwungen waren. Auch Frauen aus Familien, deren Einkommen durch den Krieg geschmälert wurde oder das infolge des hohen Preises sämtlicher Bedarfsartikel zur Verbreitung des Unterhalts nicht mehr ausreichte, mußten nun Erwerbsgelegenheit suchen. Ein Teil wird zwar bei Wiedereintritt normaler Verhältnisse aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Ein großer Teil aber wird dauernd darin verbleiben wollen, vor allen Dingen eine große Anzahl von Kriegerwitwen. Von diesen haben die Mehrzahl Kinder zu versorgen. Deshalb liegt die Gefahr nahe, daß die Berufe, die Heimarbeit ermöglichen, geradezu überlaufen werden und sich dort noch in weit höherem Maße Schäden herausbilden, als sowieso schon in der Heimarbeit vorhanden sind.

Diese Gefahr ist um so größer, als die Kriegerwitwen über ein bestimmtes Einkommen durch ihre Rente verfügen. Die Witwe eines Kriegsteilnehmers im Range eines gemeinen Soldaten erhält eine Rente im Betrage von wöchentlich zirka 8 Mk. Hat sie ein Kind, erhöht sich der Betrag auf ungefähr 11 Mk., bei zwei Kindern auf 14 Mk., bei drei Kindern auf 17 Mk. und bei vier Kindern auf 21 Mk. pro Woche. Das sind Beträge, mit denen immer schon etwas anzufangen ist. Kriegerwitwen werden also in der Regel nur darauf sehen brauchen, etwas zur Rente hinzuzuerbienen. Der Kinder wegen

werden sie dies auch nur wollen. Gelegenheit hierzu bietet sich am besten in der Heimarbeit, die ihnen keinen Arbeitsanfang und Arbeitschluß, auch nicht die Anzahl der Arbeitsstunden vorschreibt, in der sie tätig sein müssen. Nicht immer, aber in der Regel mehr als jeder andere Beruf, ermöglicht Heimarbeit die Beschäftigung von nur wenigen Stunden am Tage. Allerdings ist dann auch der Verdienst nur ein geringer. Darauf aber gehen Frauen mit Familie und einem festen Einkommen, wie es z. B. die Rente gibt, gern ein, wenn sie nur Zeit und Gelegenheit gewinnen, sich ihrem Haushalt und den Kindern widmen zu können.

Durch Arbeit außerhalb des Hauses in Werkstätten oder Fabriken usw. ist die Gelegenheit hierzu stark eingeschränkt. Sie ließe sich beschaffen durch Beschränkung der Arbeitszeit, beispielsweise durch Einführung von Halbtagsschichten. Dadurch könnte ständig oder abwechselnd einer Anzahl Frauen die Hälfte der regulären Arbeitszeit zur Erledigung der häuslichen Arbeiten freigestellt werden. Freilich würden diese Frauen auch nur die Hälfte dessen verdienen können, was andere Arbeiterinnen erreichen. Deshalb könnten Halbtagsschichten auch nur für Frauen in Frage kommen, die nur etwas hinzuerbienen brauchen, wie z. B. viele Kriegerwitwen. Gesehlich eine Halbtagsschicht für alle verheirateten Frauen einzuführen, wäre ebenso unmöglich, wie ein Verbot der Fabrik- oder Werkstattarbeit für diese. Es gibt eben zu viele Frauen, die vollständig auf ihren Verdienst angewiesen sind. Würde diesen die Möglichkeit vollen Erwerbes durch Begrenzung der Arbeit für verheiratete Frauen auf halbe Tage genommen werden, bliebe ihnen nicht anderes übrig, als gänzlich oder als Nebenberuf Beschäftigung in der Heimarbeit zu suchen. Auf dem Wege freier Vereinbarung ließe sich dagegen Halbtagsschicht einführen.

Es gibt eine ganze Reihe Berufe, wo ein Arbeiter sehr gut den anderen in der Arbeit ablösen kann. Es geschieht dies bereits in Betrieben mit ununterbrochenem Tag- und Nachtbetrieb. Dort muß eine schichtweise Ablösung erfolgen. Allerdings führen in diesen Betrieben die Arbeiter fast ausnahmslos Klage über zu lange Arbeitszeit. Die dreimalige Nachtschicht legt den Unternehmern, wie sie behaupten, größere Lasten auf. Deshalb begegnet ihre Einführung in durchgehend beschäftigten Betrieben großen Schwierigkeiten.

Aus den gleichen Gründen werden auch Halbtagsschichten für Frauen von den Unternehmern abgelehnt werden.

Auch für die Arbeiter können diese nun sehr leicht schädigende Folgen haben von weit höherer Bedeutung als für die Unternehmer. Halbtagsschichten können leicht zur Verlängerung des Arbeitstages führen, zum mindesten können sie seiner Verkürzung hinderlich sein. Ferner ist damit zu rechnen, daß sie den Wert der Ruhepausen dadurch beseitigen, daß eine Anzahl Personen während dieser Zeit arbeiten. Auch den anderen ist dann die Erholung genommen, die ihnen die Pausen bringen sollen. Weiter würde die Arbeit der Gewerbeaufsichtsbeamten erheblich vermehrt werden, allein schon durch die Zunahme der Zahl erwerbstätiger Personen in kontrollpflichtigen Betrieben. Es fragt sich aber doch, ob angesichts der Zunahme der Erwerbstätigen verheirateter Frauen nicht versucht werden sollte, der Einführung von Halbtagsschichten — nicht der gesehlichen für alle verheirateten Frauen, sondern der auf freier Vereinbarung mit Unternehmern beruhenden — das Wort zu reden.

Der Kampf der organisierten Arbeiterschaft um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kann dadurch erschwert werden. Er wird aber auch erschwert durch das Hineinkommen der Frauen in die Heimarbeit. Schon jetzt bemühen sich zahlreiche Personen um die Verlegung von Werkstattarbeit in die Häuslichkeit der Arbeiterschaft, selbst in vom Verkehr entfernt liegende Gebiete. Es geschieht dies namentlich in der Absicht, Kriegerwitwen Gelegenheit zu Verdienst zu geben. Auch hierdurch wird das Streben der Arbeiterschaft nach besseren Arbeitsbedingungen stark gehemmt werden.

Aber selbst vermehrte Heimarbeit kann nicht alle Arbeitskräfte aufnehmen, die aus irgendeinem Grunde Arbeit während des ganzen Tages außerhalb des Hauses vermeiden wollen oder nicht ausüben können, wollen sie nicht an anderer Stelle Schaden anrichten. Dies geschieht aber, wo Frauen die Kinder vernachlässigen müssen. Verzichten solche Frauen, sobald sie nur überhaupt ein Einkommen haben, aus diesem Grunde gänzlich auf Uebernahme von Erwerbsarbeit, so ist aber weder den betreffenden Familien noch der Volkswirtschaft damit gedient.

Die Frage der Einführung von Halbtagsschichten ist deshalb nach verschiedenen Richtungen hin für die organisierte Arbeiterschaft von großem Interesse. Sie zeigt unter anderem, wie vielseitig das Problem der Frauenerwerbsarbeit ist, das nur gelöst werden kann, wenn ihre Bedeutung von der Gesamtarbeiterschaft richtig gewürdigt wird. Den Arbeiterinnen aber

sollte sie zeigen, wie innig verknüpft alle sie speziell angehende Dinge mit den die gesamte Arbeiterschaft beruhigende Fragen sind, und daß sie deshalb alle Ursache haben, sich in den Rahmen einzufügen, der geschaffen ist, um der arbeitenden Bevölkerung vor den Schäden des Wirtschaftslebens Schutz zu gewähren: der gewerkschaftlichen Organisation.

Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1914.

Die Kartellstatistik für das Jahr 1914 ist in ihren Ergebnissen mit denen der Vorjahre nicht vergleichbar. Die Einberufungen zum Kriegsdienst haben die Gewerkschaften und damit auch ihre örtlichen Verbindungen, die Kartelle, an Mitgliedern stark geschwächt. Der Entzug der besten Kräfte mußte geradezu lähmend besonders auf die Tätigkeit der kleineren und mittleren Kartelle wirken. Die Folge ist denn auch ein starker Ausfall von Kartellen aus der Jahresstatistik 1914. Von 833 Kartellen, die am Ende des Jahres 1913 im Kartellverzeichnis der Generalkommission eingetragen waren, berichteten nur 578; 13 Kartelle gingen infolge Zusammenschlusses oder durch Auflösung ein. Den Kartellen waren 7847 Gewerkschaften angeschlossen, 183 Zweigvereine der Zentralverbände standen ihnen fern.

Nicht so erheblich als es nach dem Versagen von 242 Kartellen bei der Erhebung erscheinen könnte, ist die Zahl der von der Statistik nicht erfaßten Gewerkschaftsmitglieder. Am 1. Juli 1914, also kurz vor Ausbruch des Krieges, hatten die berichtenden Kartelle zusammen 2.133.890 und am Jahresluß 1.984.355 Mitglieder. 656.229 Mitglieder = 30,9 Proz. der am 1. Juli vorhanden gewesenen wurden zum Kriegsdienst eingezogen. Dennoch ist bei den berichtenden Kartellen noch ein über die Zahl der Eingezogenen um rund 93.300 Mitglieder hinausgehender Mitgliederverlust eingetreten. Ein erheblicher Teil dieses Abganges wird aber noch auf Konto der Einberufungen gesetzt werden können.

Von den acht vor Kriegsausbruch in Elsaß-Lothringen vorhanden gewesenen Kartellen berichtete nur eins, und zwar Metz. Von den schwer heimgesuchten Provinzen Ost- und Westpreußen fehlen in der Statistik die Kartelle Kulmsee, Graubenz, Gumbinnen, Insterburg und Poppo.

An den Einrichtungen, die der allseitigen Förderung der gewerkschaftlichen Bewegung am Orte dienen, als da sind: Gewerkschaftshäuser, Herbergen, Bibliotheken, Lesezimmer, Rechtsauskunftstellen usw., hat sich gegen das Vorjahr wenig geändert. — Allgemeine Versammlungen wurden 1.138 und berufliche 519 von den Kartellen veranstaltet, der größere Teil davon wird auf das erste Halbjahr 1914 entfallen.

Die eigentliche Tätigkeit der Kartelle auf dem gewerkschaftlichen Gebiete wurde durch den Krieg jah unterbrochen, ihnen aber auch zugleich damit eine Reihe neuer besonderer Aufgaben zugewiesen. Gleich zu Anfang des Krieges galt es, die Gemeinden zur weitgehendsten Beihilfe zur Unterstützung der Familien der Eingezogenen und der Arbeitslosen zu veranlassen. Die Kartelle mußten hierbei in den Gemeinden mit die treibenden Kräfte bilden. Zwei von der Generalkommission veranstaltete umfangreiche Erhebungen über die Kriegsfürsorge stützten sich hauptsächlich auf die Mitarbeit der Kartelle. Als durch Notgesetz vom 4. August 1914 die reichsgesetzlich geschaffene Krankenversicherungspflicht der Hausindustriellen aufgehoben wurde, erwuchs den Kartellen die weitere Aufgabe, an ihren Orten dahin zu wirken, daß durch Einführung von Ortsstatuten die weitere Versicherung bei den Kassen ermöglicht wurde. In der Betreibung der Arbeitslosenfürsorge mußte bei den Gemeinden auf die Errichtung von Arbeitsnachweisen gedrängt werden. Auch die Frage der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und schließlich auch der Kampf gegen die Preistreiberereien bei den notwendigsten Lebensmitteln erforderten die stärkste Anteilnahme der Kartelle. Die Skizzierung dieser Kriegsaufgaben gibt natürlich kein die Wirklichkeit erschöpfendes Bild, aber sie läßt die große Mühewaltung der Kartelle bei Lösung dieser Aufgaben erkennen, die um so höher zu bewerten ist, als auch ihnen durch Einberufungen zahlreiche, tätige Köpfe entzogen werden.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben machten 560 Kartelle. Diese verzeichnen eine Gesamteinnahme von 1.668.336 Mk., darunter an Beiträgen 1.084.580 Mk. und an sonstigen Einnahmen 583.756 Mk. Der Gesamteinnahme steht eine Ausgabe von insgesamt 1.779.185 Mk. gegenüber; sie übersteigt die Einnahme um 110.849 Mk. Damit verminderte sich auch in der gleichen Höhe das Kassenvermögen auf 963.211 Mk. Von einer großen Anzahl Kartelle wurden auch Mittel zur Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern und Arbeitslosen aufgebracht. Die Feststellung ergab

eine Gesamtsumme von 55.664 Mk., die für diese Zwecke aufgebracht und verwandt wurden.

Ueber die Kartelle der Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften liegen keine Angaben für 1914 vor.

Die größeren festgesetzteren Kartelle der Zweigvereine der der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände haben das Kriegsjahr 1914 verhältnismäßig gut überstanden und bei der Lösung einer ganzen Reihe wichtiger, durch den Krieg entstandener Aufgaben im Interesse des werktätigen Volkes tatkräftige Hilfe geleistet. Mit dem Eintritt des Friedens werden die Kartelle auch wieder ihre eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben in vollem Umfange aufnehmen und durch ihre Tätigkeit mit dazu beitragen, daß in der neuen Entwicklungsperiode die Gewerkschaftsbewegung zur höchsten Blüte und Machtentfaltung gelangt.

Eine gewerkschaftliche Frauenzeitung.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gibt vom Januar 1916 ab unter dem Titel „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ ein Blatt heraus, das die Agitation unter den Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten unterstützen soll. Darüber hinaus soll es auch die Arbeiterinnen für die gewerkschaftlichen Organisationen zu interessieren versuchen. Das Blatt erscheint alle vierzehn Tage Mittwoch, zum ersten Male am 5. Januar.

Die Redaktion liegt in den Händen der Leiterin des Arbeiterinnensekretariats, Genossin Gertrud Hanna.

Die Generalkommission erfüllt mit der Herausgabe der Zeitung einen Auftrag der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände vom Juli v. J. Anlaß gab ein Antrag der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, die kurz vorher getagt hatte.

Die Organisierung der weiblichen Arbeitskräfte hat nicht gleichen Schritt gehalten mit der Zunahme der Frauenarbeit. Von den 1907 gezählten über 1½ Millionen Fabrikarbeiterinnen und den Hunderttausenden von Heimarbeiterinnen und weiblichen Angestellten waren vor Kriegsausbruch nur rund 220.000 organisiert. In der Kriegszeit, bis zum Ende des Jahres 1914, ist diese Zahl erheblich zurückgegangen trotz der Zunahme der Frauenerwerbsarbeit auf allen Gebieten. Diese hat im letzten Jahre noch bedeutend an Umfang gewonnen. Sie wird aus verschiedenen Gründen nach dem Kriege in vielen Fällen beibehalten werden. Daraus entsteht für die Gewerkschaften die Pflicht, mehr als bisher dafür zu wirken, die arbeitenden Frauen und Mädchen für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Ein Mittel hierzu soll die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ sein.

Die Zeitung wird von einer Reihe von Verbänden für ihre weiblichen Mitglieder bezogen. Für unsere weiblichen Mitglieder und ebenso für die Abonnenten gelangt die erste Nummer mit der heutigen, die folgenden Nummern immer mit der ungeraden Nummer der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ zur Versendung. Außerdem können die Verbände die Zeitung zum Preise von 20 Pf. pro Exemplar und Vierteljahr für die Frauen von Gewerkschaftsmitgliedern abonnieren. Durch die Post ist die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ für 40 Pf. pro Exemplar und Quartal (ohne Bestellgeld) zu beziehen.

Die schon jetzt eingegangenen Bestellungen verbürgen eine umfangreiche Verbreitung in Arbeiterkreisen. Die Folgen der unorganisierten Frauenerwerbsarbeit lassen eine Verbreitung in allen Arbeiterfamilien dringend wünschenswert erscheinen.

Korrespondenzen.

Weihnachtsfeier der Filiale Stuttgart. Vor kurzem hielt die Filiale des Verbandes für die Frauen und Kinder der ausmarschiereten Kollegen eine Weihnachtsfeier, verbunden mit Lichtbildern und Märchen-erzählung, ab. Die Frauen, welche schon letzte Weihnachten sowie jedes Vierteljahr mit Geld unterstützt wurden, erhielten auch diesmal den Betrag von 30 Mk. ausbezahlt. Die Kinder wurden mit Kaffee bewirtet und bekamen außerdem noch, dem Alter und Geschlecht entsprechend, Spielsachen zum Geschenk. Zu diesem Zweck wurden Fragebogen versandt, auf denen die genaue Kinderzahl, das Alter und das Geschlecht bemerkt werden mußten, damit die Spielsachen zweckentsprechend verteilt werden konnten. Den ledigen Kollegen wurden drei Pakete im Werte von 5 Mk. ins Feld gesandt.

Rundschau.

Ministerieller Sparamteitsverlaß. Der preussische Finanzminister und der Minister des Innern haben eine gemeinsame Verfügung an sämtliche Regierungspräsidenten erlassen, in der die Gemeinden zur Sparamteit aufgefordert werden. In dem Erlaß heißt es u. a.: Es muß die allergrößte Sparamteit und

Zurückhaltung in den nicht unbedingt notwendigen und dringlichen Aufgaben geübt werden. Besonders gilt dies für Arbeiten und Veranstaltungen, die die Steuern- und die Schuldenlast zu erhöhen geeignet sind. Häufig wird die Ausführung von Gemeindebeschlüssen aus der Zeit des Friedens zurückgestellt werden können. Für die Ausführung öffentlicher Arbeiten ist die Ursache der Arbeitslosigkeit, wo diese galt, weggefallen. Wo öffentliche Arbeiten einen längeren Aufschub vertragen können, aber schon während des Krieges vorgenommen werden, würden sie nach Schluß des Krieges fehlen. Es sind schon jetzt Maßnahmen erforderlich, um einer Arbeitslosigkeit nach dem Kriege entgegenzutreten und vorzubeugen.

Es steht zu erwarten, daß die maßgebenden Behörden in eine Nachprüfung eintreten, inwieweit es tunlich erscheint, die Herstellung von Ausrüstungsstücken für den Friedensbedarf jetzt möglichst einzuschränken, um so mehr, da, wie bekanntgegeben worden ist, der Bedarf in vielen Artikeln auf Jahre hinaus gedeckt ist.

Bücherschau.

Das Lohnbuch zu Steuerzwecken von S. Wolfram, das im Jahre 1915 zum erstenmal erschien, ist jetzt für das Jahr 1916 erschienen. Wichtig für den Arbeiter ist es, bei Steuerreklamationen einen genauen Nachweis über seine Einkommensverhältnisse zu haben. Das Büchlein eignet sich vorzüglich dazu, einen derartigen Nachweis leicht herzustellen und sich bei etwaigen Reklamationen Unannehmlichkeiten, Zeitverlust usw. zu ersparen. Der Wert des Lohnbuchs wird durch die beigegebenen Erläuterungen zur Steuereinschätzung und den Beispielen für Deklarationen, Reklamationen und Gefundungsge suchen noch erhöht. Der Preis des empfehlenswerten praktischen Buches beträgt 30 Pf.

Sterbetafel.

Den Heldentod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder:

Kurt Heider, Görlitz, 21 Jahre alt,
Paul Kändler, Kaiserslautern, 22 Jahre alt.
Hubert Graß, Mülheim (Ruhr), 20 Jahre alt.

Berlin. Im Alter von 53 Jahren verstarb unser Mitglied August Paesche.

Stuttgart. Im Alter von 29 Jahren verstarb infolge Herzleidens unser Mitglied Hermann Wildermuth.

Kaiserslautern. Plötzlich aus dem Leben geschieden ist unser Mitglied Otto Feulner im Alter von 22 Jahren.

Essen (Ruhr). Am 15. Dezember verstarb unser Mitglied Wilhelm Dickmann, Militärattiler, 28 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuille u. Berufsgenossen Deutschlands zu Berlin, V. a. G.
(früher C. S. Nr. 64).

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonnabend, 22. Januar 1916, abends 8½ Uhr

Mitgliederversammlung

im Kassenlokal, Restaurant Weihnacht,
Grünstraße 22.

Tagesordnung: 1. Halbjahresbericht. 2. Innere Kassenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Verwaltungsstelle Chemnitz.

Sonnabend, 8. Januar 1916, abends 8½ Uhr,
im Restaurant „Goethegarten“, Zwickauer Straße.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuille und Tapezierer liefert als Spezialität
Bruno Steffen, Berlin SW. 19,
Lindenstr. 63.
Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franko.